

Demokratie lernen – Demokratie leben

REUSSBÜHL – Niemand wird von alleine zum demokratischen, sich freiwillig im Staat engagierenden Bürger. Mit dem Projekt «Demokratie lernen und leben» wird an der Kantonsschule Reussbühl KSR ein gesamtheitlicher Demokratie-Ansatz angestrebt. Er basiert auf partizipativer Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen.

Die Klasse 5d der Kantonsschule Reussbühl hat als erste ein interdisziplinäres Modul «Debattieren» absolviert, mit Teilnahme am Regionalcup «Jugend debattiert» und einer Europa-Woche mit Visite des Europarats in Strassburg. Nun hat sie ein weiteres Modul «Politszene Schweiz» mit einem Besuch im Bundeshaus am Mittwoch, 2. Mai, verknüpft. Die Erfahrungen der Klasse 5d haben Pilotcharakter für das weiterzuführende Projekt DeLL und sind damit Teil der innovativen Grundhaltung an der Schule, «die der Teilnahme und Mitsprache wie auch den Anliegen der Innovation und Entwicklung offen gegenübertritt», einer der KSR-Qualitäts-Grundsätze.

1. Akt, 1. Szene: Das Medienzentrum.

Von Linda Kaufmann und Livia Thürig

Vorgängig besuchte unsere Klasse das Medienzentrum des Bundeshauses. Empfangen wurden wir von Ivo Bühler, einem der Geschäftsleiter. Im MZ gibt es einen grossen Konferenzraum, welcher normalerweise für Pressekonferenzen benutzt wird, an diesem Tag wurde er jedoch für eine halbe Stunde zum Klassenzimmer der Klasse 5d. Die moderne Gestaltung des Konferenz- und des Vorräumeres war bei der Renovation finanziell nicht allzu sehr ins Gewicht gefallen, da das ganze Haus mit seiner Innenausstattung den Bund 20 Millionen Franken und die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR idée suisse weitere 20 Millionen gekostet hat. Bevor das Zentrum in dieses Gebäude verlegt wurde, war es im Bundeshaus selbst stationiert. Des Weiteren befinden sich dort auch sieben Radiostudios und mehrere Fernsehstudios. Zwei dieser Studios durfte unsere Klasse besuchen. Dabei konnten sich einige Schüler selbst als Sprecher vor der blauen Wand versuchen, welche auf dem Bildschirm durch die Liveaufnahme des Bundeshauses ersetzt wurde. Das zweite Studio, welches die Schülerinnen und Schüler besichtigten, war ein grosses Fernsehstudio. Darin werden Sendungen wie «Classe Politique», «Die Rundschau» oder der «Zischtigsclub» produziert. Es war schon speziell, einmal auf dem «Rundschau»-Stuhl sitzen zu dürfen.



60 Minuten politische Hochspannung: mit Otto Ineichen (FDP), Prisca Heimo-Birrer (SP), Ida Glanzmann (CVP) und Felix Müri (SVP) in der Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern der Klasse 5d der Kanti Reussbühl.

zvg

2. Akt, 1. Szene: Politiker schenken sich nichts.

Von Samuel Wagner, Laura Roth und Rhea Looser

Harte Diskussionsstunde zur Ausschaffungsinitiative – Kantischüler im Gespräch mit Nationalräten. Nach einer kurzen Führung durch das Bundeshaus kam es zu einem Treffen mit vier Nationalräten, die den politisch interessierten Jugendlichen Rede und Antwort standen. Die Stimmung war angespannt im Sitzungszimmer 3 im Bundeshaus in Bern. Trotzdem nahmen sich Otto Ineichen (FDP), Prisca Birrer (SP), Ida Glanzmann (CVP) und Felix Müri (SVP) Zeit, sich den Fragen der Kantischüler zum Thema «Ausschaffungsinitiative» zu stellen. Wie zu erwarten, waren nicht alle Befragten einer Meinung. Zu Beginn waren die Fragenden eher noch zurückhaltend, doch das Eis war schnell gebrochen. Die vier Politiker waren offen für die verschiedensten Fragen zum Thema. So erfuhren sie, dass für Otto Ineichen, Prisca Birrer und Ida Glanzmann diese Initiative mit den Menschenrechten nicht vereinbar ist. Felix Müri verteidigte diese jedoch vehement: «Nur mit der Initiative ist es möglich, dass auch EU-Bürger ausgeschafft werden können». Neo-Nationalrätin Prisca Birrer entgegnete, dass dies dem Schengen-Dublin-Vertrag widerspreche. Ein weiterer Punkt, warum Otto Ineichen, Prisca Birrer und Ida Glanzmann gegen die Initiative sind, ist der Aspekt der Sippenhaft. Zu diesem Punkt konnte Felix Müri nichts entgegen, da er im Nationalrat ein Statement zur Ausschaffungsinitiative abzugeben hatte. Während Müris Abwesenheit wurden die Schüler von

den verbliebenen drei Politikern über den Gegenvorschlag des Nationalrats aufgeklärt. Darin würden auch Wirtschaftsdelikte berücksichtigt. Ein weiterer Unterschied des Gegenvorschlags ist, dass er einen Integrationsartikel beinhaltet. Dieser wird von den drei Politikern als wichtig erachtet. Im Gegensatz zur Initiative sei die Auswahl der Straftaten im Gegenvorschlag nicht willkürlich. Nach Felix Müris Rückkehr ging es in der Diskussion noch einmal hoch her. So warf Prisca Birrer der SVP vor, den Schengen-Dublin-Vertrag mit der Ausschaffungsinitiative unterwandern zu wollen, was Müri aber kräftig verneinte. Trotz der Meinungsverschiedenheiten und hitzigen Diskussionen war die Atmosphäre zwischen den vier Politikern aber immer respektvoll und freundlich. Die Schüler der Kantonsschule Reussbühl zogen aus dieser Diskussion eine positive Bilanz, sie erfuhren viel über die verschiedenen Meinungen und wie man diese respektvoll ausdrücken kann. Die 60 Minuten vergingen wie im Flug, und die Schüler hätten noch lange weitere Fragen stellen können, doch die Politiker wurden anderweitig beansprucht. So diskutierte der Nationalrat an diesem Tag neben der Ausschaffungsinitiative unter anderem auch noch die Abzockerinitiative. Zum Schluss wurden die Schüler mit Handschlag verabschiedet.

2. Akt, 2. Szene: Die Abzockerinitiative.

Von Marco Zäch, Rafael Zihlmann und Martin Achermann

Ein zweites wichtiges Geschäft, über das angeregt diskutiert wurde, war die Abzockerinitiative, die im Februar 2008 von

Thomas Minder eingereicht worden war. Dafür sammelte der Schaffhauser Kleinunternehmer 118 583 Unterschriften. Laut Minder belegen zahllose Beispiele, dass die Vergütungen der Manager in keiner Relation zur persönlichen Leistung der Bezüger und zur Performance der Unternehmen stehen. In den letzten Jahren seien die Vergütungen des Topmanagements in börsenkotierten Schweizer Unternehmen geradezu explodiert. Millionengehälter sind also zum Standard geworden. Eigentlich sollte die Initiative vor das Schweizer Stimmvolk kommen. Doch statt vor dem Stimmbürger ist die Vorlage in einem politischen Irrgarten gelandet, in dem sich keiner mehr zu rechtfindet. Und man bekommt das Gefühl, dass es sich hier um reinen Wahlkampf handelt. Zwar möchte jede Partei die Mega-Löhne und Millionen-Boni regulieren, aber keine will sich daran die Finger verbrennen. Und so geht das Warten für das Schweizer Volk weiter. Obwohl Umfragen deutlich zeigen: Würde jetzt über die Abzockerinitiative abgestimmt, würde sie deutlich angenommen.

Auf die Bemerkung einer Schülerin, der Gegenvorschlag verhindere Boni und Abgangentschädigungen doch gar nicht,

wurde heftig über den Gegenvorschlag diskutiert. Ida Glanzmann meinte, dass es gar nicht möglich sei, Boni in der Schweiz abzuschaffen, solange dies nicht global und in allen Banken der Welt der Fall sei. Es sei auch gar nicht wünschenswert, die Boni abzuschaffen. An den Millionenlöhnen der Fussballspieler störe sich auch niemand!

3. Akt, 1., 2. und 3. Szene: Die vielfältige Arbeit von National- und Ständeräten.

Von Rafael Küttel

«Als wir die Besucherbühne des Nationalrats betreten, spricht ein Redner, und wenige hören zu. Der Saal ist halbleer. Wer noch da ist, ist in die Zeitung vertieft oder diskutiert mit der Nachbarin. Nehmen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre Arbeit nicht ernst?»

Natürlich trifft das nicht zu, wie wir später von Lukas Reimann und Konrad Graber erfahren. Ein Parlamentarier hat viel mehr Aufgaben, als nur im Rat zu sitzen. Er nimmt während der Session an Fraktions- und Kommissionssitzungen teil, stellt sich den Fragen der Medien, schreibt das nächste Votum oder einen Antrag, kümmert sich um Besucher usw. Die allermeisten sind also im Parlamentsgebäude und durchaus aktiv.

Im Ständerat geht es etwas disziplinierter zu. Fast alle Ständeräte und Ständerätinnen sind anwesend, es ist ja zurzeit auch gerade Abstimmung. Aber von Konrad Graber erfahren wir weiter, dass es im Ständerat im Gegensatz zum Nationalrat jeden Morgen einen Appell gibt. Auch haben sie keine Anschlüsse für ihre Laptops. Somit gibt es schon einen etwas grösseren Anwesenheitsdruck als im Nationalrat. Währenddem sich die Politiker im Nationalrat grösstenteils für ihre Partei einsetzen, ist dies im Ständerat etwas anders. Hier vertreten die Politiker vor allem ihren Herkunftskanton. Jedoch geht es in den Plenumsdebatten nicht nur darum, die anderen Politikerinnen und Politiker zu überzeugen, welche ihre Position meistens bereits kennen, sondern Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit zu schaffen.



Linda Kaufmann auf «Rundschau»-Stuhl.



Konrad Graber (CVP) gibt Auskunft. zvg REGION, 10. Juni 2010